

kreuzigten ausbreiten, um auf nichtgewährte Einreisemöglichkeiten und andere Behinderungen hinzuweisen, als wären es Wundenmerkmale in Folge vollbrachter Heldentaten. Eine Wissenschaftlerin, die am Eröffnungstag eine ihrer diesbezüglichen Heldenstories erzählte, hat gerade hier den Raum verlassen. Was nützen diese dauernden Hinweise auf die fehlende Quellenzugängigkeit und verschlossenen Archive? Es kommt auf das Durchdenken und Voraussehen an. Ich frage Sie: „Haben die Physiker gewartet, bis die Positronen aus dem Atomkern einen Zettel mit der Aufschrift – Hier sind wir – herausgereicht haben“? Alle die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen beobachtenden Wissenschaften sind aufgerufen, ganz ernst zu Werke zu gehen. Ich möchte mich bei der Enquetekommission bedanken, daß sie hier zu mindestens zeigt, wo die Schwächen unter den Wissenschaften bei der Aufbereitung der Vergangenheit liegen.

Und noch ein Wort zu der doch mancherorts fehlenden Freude über die Einheit und das glückliche Ende der Teilung 1989 und zum Aufrechnen von Geldern. Wir streiten uns um das Kruzifix im Schulzimmer unter dem Motto „Verlust christlicher Werte im Abendland“. Über das neutestamentarische Gleichnis vom verlorenen Sohn reden wir nicht. Vielleicht tun wir das nicht, weil darin nicht die Schulden aufgerechnet wurden. Dieser Sohn hatte sich freiwillig vom Hof des Vaters entfernt. Er war nicht als Folge eines gemeinsamen Versagens in die Fremde geraten. Doch heimkehrend wurde er mit offenen Armen empfangen. Ich danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Ich denke wir haben jetzt eine Menge Anregungen für die Diskussion bekommen. Ich schlage trotzdem vor, daß wir 10 Minuten Pause machen, und daß wir uns dann 11.02 Uhr hier wieder versammeln.

Wir kommen jetzt zur Diskussion. Wir haben bisher drei Wortmeldungen. Als erster Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zwei Fragen bzw. Fragenkomplexe.

Der erste geht an Frau Keller und Herrn Professor Maier zur Sanierung und der zweite betrifft die Forschung. Da möchte ich dann Herrn Schmachtenberg und Herrn Professor Schmidt ansprechen.

Ich möchte aber eingangs doch noch zwei, drei Sätze sagen, und ein bißchen auf die Bildersprache in dem ungeplanten Eingangsreferat von Herrn Kollegen Spiller eingehen. Die Theorie, die Ideologie war „überholen ohne einzuholen“. Das ist richtig. Wir haben im Betrieb bei uns gesagt „untertauchen ohne einzutauchen“. Das war die Praxis, nicht nur im Betrieb, sondern auch zu Hause. Wenn wir jetzt zur Zukunft und zum Ausblick etwas sagen, dann wünschte ich mir die Auffassung „trittfassen ohne fallen“. Ich habe erst überlegt, ob ich stolpern sagen sollte, aber ich glaube, wir sind schon genug gestolpert. In die-

sem Sinne wünsche ich mir auch, daß wir heute zum Ausblick und zur Empfehlung vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch etwas sagen.

Herr Spiller hatte noch ein anderes Bild, auf das ich kurz eingehen möchte. Er sagte, die Landschaft blüht noch nicht. Das stimmt, wir wissen als Bundestagsabgeordnete, daß in Bonn der Frühling immer ein bißchen eher ist. Ich will sagen, daß es nicht reicht zu warten bis der Frühling kommt. Wir müssen, und dazu sind wir sicher da und uns auch einig, düngen, pflügen und gießen. Da ist eine Menge zu tun und wir haben hier, so denke ich, gemeinsam den Wunsch, darüber nachzudenken, wie wir das richtig machen. Insofern noch einmal die Bitte, ehe ich jetzt zu den Fragen komme, wenn wir hier unter der Überschrift „Ausblick“ diskutieren, besteht für mich der Wunsch, Empfehlungen zu hören. Wenn wir von Politikverdrossenheit hören, dann bedeutet das doch, daß man im Hinterkopf sicherlich weiß, wie man es besser machen sollte. Nun geben Sie uns etwas ins Stammbuch mit, damit wir Schularbeiten bekommen und bleiben dabei auf dem Boden der Praxis!

Jetzt zu meinen beiden Fragen an Frau Keller und Herrn Professor Maier. Frau Keller, Sie haben gesagt, es ist unsaniert privatisiert worden, das wäre ein Fehler. Wer sollte sanieren? Wer sollte das Management machen? Die Frage ist auch so gemeint, daß ich an die Zukunft denke. Wie lange sollte saniert werden? Mit welcher Marktsicherheit mit Blick auf den Weltmarkt sollte dann saniert werden?

Frau Keller, Sie wissen genau und wahrscheinlich besser als mancher, auch als ich, wie das in der Textilindustrie aussieht. Wir wissen auch, daß die Textilindustrie in der Bundesrepublik einen sehr schmerzhaften Schrumpfungsprozeß durchgemacht hat. Wie sollte man denn z. B. unter den genannten Fragen mit unserer Textilindustrie in den neuen Bundesländern umgehen? Wie sollte dabei der Lohnausgleich Ost-West während dieser Sanierung gestaltet sein? Auch heute noch ist an vielen Stellen, wir haben es die letzten Tage gehört, die Arbeitsproduktivität geringer. Ich weiß nicht, wie dies in der Textilindustrie aussieht.

Schließlich komme ich zu der Frage: Wer zahlt die Zeche? Das war der Teil zur Sanierung.

Nun zur Forschung: Ich würde schon gerne erfahren, wie man angesichts des desolaten Zustands – vor allem der Industrieforschung und der fehlenden Möglichkeit, eigene Betriebe in den neuen Bundesländern in die Forschung einzubinden – nicht nur weltmarktfähige Produkte, sondern Spitzenprodukte hervorbringen kann? Wie sollte man die Forschung praxisnah organisieren? Wie sollte die Förderung der entsprechenden Partner in den neuen Bundesländern unter dem Blickwinkel der bestehenden Dynamik des Globalisierungsprozesses insgesamt aussehen? Das ist eine Kernfrage. Innovation ist hierbei ein Schlagwort. Wir müssen die Forschung im Osten voranbringen. Es steht für uns schon die Frage, ich bin im Forschungsausschuß, wie machen wir das

am besten? Ich denke, daß Wissenschaftler so etwas gut beantworten können. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Elm bitte.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Drei kurze Bemerkungen zu den Aussagen in der Debatte und zum Teil auch schon zu den Aussagen, die im Verlauf der Tagung gemacht wurden. Eine Frage möchte ich an zwei Kollegen im Podium stellen.

Es wurde noch einmal von Herrn Spiller einleitend etwas zu diesen Problemen der ostdeutschen Produktion, der Produkte und des Kaufverhaltens der ostdeutschen Bürger gesagt. Ich akzeptiere das, das ist so gewesen und kann auch nicht so sehr überraschen, wenn man sich die neu eröffnete Möglichkeit ab 1990 ansieht. Ich wollte das einfach wiederholend ergänzen. Das ist ein Moment und es kommen andere dazu. Hinzu kommt z. B., daß die Handelsketten, die mit ihren Supermärkten unser Land überzogen haben, natürlich ihre Lieferanten hatten. Auch derjenige, der frühzeitig bewußt anders einkaufen wollte, hatte dann die Schwierigkeit, daß die Produkte oft überhaupt nicht in den Regalen zu finden waren. Die Anpassungsprozesse der ostdeutschen Produzenten kamen dazu, z. B. die Waren im Sortiment und in der Aufmachung vergleichsweise danebenzustellen und bereitzuhalten.

Dazu hat sich etwas in der öffentlichen Meinungsbildung, im bewußteren Kaufverhalten und sicherlich auch von den Unternehmen und Märkten selbst in Wechselwirkung zu ihren Käufern, zu ihrer Kundschaft, verändert.

Wenn wir wiederholt auf das Thema der Gewinner und Verlierer zu sprechen kommen, und es zu differenzierteren Einschätzungen kommt, dann muß man diesen Bereich aber auch noch ausweiten.

Es ist ja teilweise mit dem Erwerb von Immobilien in Ostdeutschland schon berührt worden, daß natürlich ein noch weiteres Spektrum in den Blick kommen muß. Die Ausweitung der Marktbereiche, nicht nur der Handelsketten, der Banken, der Versicherungen, anderer Unternehmen, der Immobilienerwerb – ob das Rückerwerb war oder Neuerwerb von der kaufkräftigeren Seite – gehört dazu. Es geht in andere Bereiche hinein, in den Bildungsbereich. Ich denke, daß an Hochschulen, beispielsweise mit C 4-Professoren, durch die rigorosen personellen Veränderungen auch ein Feld eröffnet worden ist, was neue, dankbar wahrgenommene Möglichkeiten angesichts der Haushaltssituation im Bildungs- und Wissenschaftssektor, auch schon in der alten Bundesrepublik und heute im ganzen Land, erschloß. Es ließen sich sicher noch ein paar Ergänzungen finden. Also das als Stichworte, Anregungen dazu. Aber auch hier räume ich ein, daß das auch in sich differenziert ist. Natürlich erfolgte die Ausweitung, die Gewinnung neuer Märkte, der Fortschritt mit friedlichen Mitteln. Wir wollen hoffen, daß es in Zukunft dabei bleibt. Daß das natürlich mit Investitionen und mit Leistungen für die Erneuerung der Infrastruktur verbunden war, ist uneingeschränkt als Leistung für den Aufbau im Osten anzuerkennen.

Und schließlich, auch das hatten wir gestern schon einmal bemerkt und es wurde heute bereits angesprochen: Das Problem der Erschütterung des Vertrauens in die parlamentarische Demokratie, in ihre Möglichkeiten. Nicht unverständlich erscheint dies vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Krise und der wachsenden Massenarbeitslosigkeit, auch als Vergleich mit den Schlußjahren der Weimarer Republik, weil das ja auch Wechselwirkungen waren. Ich war immer gegen so arrogante Noten gegenüber den einfachen Menschen, Arbeitnehmern der Weimarer Republik, die als Arbeitslose jahrelang in der Weltwirtschaftskrise das Scheitern wirtschaftspolitisch persönlich erlebten und sich dann auch abwandten. Man muß sich davor hüten, so schnell einfach die Note zu erteilen: Sie sind der Demokratie untreu geworden. Das stimmt unter dem Strich, aber man wird ehrlich genug sein, zu erkennen, daß die Bindung nicht völlig bedingungslos sein kann. Sie wird auch dadurch erneuert, daß sich der Einzelne mit seinen legitimen Ansprüchen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft sowie in seinen Möglichkeiten zumindest im Hinblick auf einen Arbeitsplatz mit Existenzsicherung bestätigt und wahrgenommen findet. Es geht um die Wechselwirkung und deshalb ist das auch eine wesentliche und legitime Problematik.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck des Ergebnisses der Kommunalwahl in Hessen möchte ich einmal anmerken, daß es angesichts der tiefgreifenden Umbrüche in Ostdeutschland schon bemerkenswert ist, in welch geringem Maße rechtsextreme Kräfte in diesen Erschütterungen seit 1990 zum Zuge gekommen sind. Man muß davon sprechen, daß verhältnismäßig geringere Erschütterungen in den alten Ländern schon dazu geführt haben, daß dann oft rechtsextreme Parteien schon mit 4, 6, 8, 10 % zum Zuge kamen. Ich finde diese Tatsache ein bißchen zu wenig berücksichtigt.

Ich will jedoch nicht die Diskussion über die Ursachen hier eröffnen. Es ist aufschlußreich und hängt ja auch mit unseren Anliegen zusammen, aber es sollte doch auch einmal mit gewürdigt werden. Allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt, daß man sich darauf auszuruhen hätte.

Es kommen neue Momente hinzu: Es wachsen junge Leute mit anderen Erwartungen nach und es ist dann nicht gesichert, wie das in den nächsten Jahren weitergeht, wenn bestimmte soziale Prozesse andauern.

Meine Frage richtet sich an Frau Keller, auch gleichzeitig an Dr. Lubk. An Dr. Lubk vor allem im Zusammenhang mit seiner Argumentation, die Ostdeutschen erwarten aus einer gewissen Erfahrung, Prägung heraus, daß vor allem die Lösung der Vollbeschäftigung vom Staat gemeistert wird.

Also die Frage zuerst grundsätzlich an Frau Keller. Sie haben das Herangehen von gewerkschaftlicher Seite, eingeschlossen den Katalog von Überlegungen, wie das angegangen wird, sehr überzeugend als Problem beschrieben. Da möchte ich nachsetzen, da wir ja seit Jahren beobachten, daß sich jeder rundum zu der Priorität des Problems der Arbeitslosigkeit und seiner Überwindung bekennt, jedoch die Entwicklung entgegengesetzt verläuft. Dieses Problem

vergrößert sich, und es müssen alle Instrumente, alle Möglichkeiten für das Gegensteuern erschlossen und genutzt werden.

Meine Frage lautet: Wo sehen Sie in der jetzigen Diskussion, in den Gewerkschaften bis zur Basis und in Vorbereitung dieser Konferenz, die Ansatzpunkte für radikalere Veränderungen? Sie benutzten auch die Formulierung einer völlig neu orientierten Arbeitsmarktpolitik und sprachen von radikaleren Veränderungen.

Herr Dr. Lubk, das schließt sich an Ihre Argumentation an: Ich glaube, jeder ist völlig einverstanden und setzt die Hoffnung darauf, daß der erste Arbeitsmarkt vor allem von der Wirtschaft zu leisten ist. Aber wenn das über Jahre hinweg nicht ausreichend geleistet wird, dann hält man nach anderen Adressaten Ausschau und da ist einer, der Staat. Ob man mit der Fragestellung aus einer ost- oder westdeutschen Vergangenheit kommt, ist da für mich nicht mehr so entscheidend.

Welche weiteren Adressaten sehen Sie, oder will man sich mit bestimmten Erscheinungen einer chronisch hohen Arbeitslosigkeit abfinden? Dann allerdings erübrigt sich die Fragestellung nach völligen oder radikaleren Um- oder Neuorientierungen. Danke

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich möchte keine Frage stellen, weil ich nicht sicher bin, ob ich die Antwort noch hören kann, nachdem schon so viele umfassende Fragen hier gestellt worden sind und wir uns ja dem Ende neigen.

Deshalb eine Bemerkung: Ich fand die Aussagen von Herrn Dr. Lubk und Herrn Schmachtenberg in Teilbereichen sehr übereinstimmend, was das Thema Arbeitsmarkt anbetrifft, das finde ich bemerkenswert.

Dazu will ich folgendes sagen: Wenn darüber z. B. gesprochen wird, über Teilzeitregelungen, Überstunden und dergleichen nachzudenken, dann stört mich in der politischen Diskussion immer, daß es verworfen wird, weil es angeblich nicht viel bringt. Ich bin der Meinung, wenn es etwas bringt, wird vielen Menschen geholfen. Das ist nicht nur eine Frage der Statistik, sondern auch der Einzelschicksale. Deshalb rate ich dazu, auch nur jeden denkbaren Weg zu gehen, um dieses Problem für einzelne Menschen zu lindern, egal ob jetzt eine Trendwende kommt.

Zur zweiten Bemerkung, die ich machen möchte: Ob die Politik oder es wurde die Wirtschaft angesprochen, dieses Problem wird richten können, lasse ich einmal dahingestellt, aber zumindest haben beide Bereiche, die Wirtschaft und die Politik, ständig Erwartungen erzeugt, denen sie nicht gerecht werden konnten. Die blühenden Landschaften sind bereits von Herrn Spiller angesprochen worden. Ich frage aber auch, wie oft findet das Durchschneiden eines Papiers oder eines Seils bei einer Eröffnung eines Autobahnteilstückes statt? Die

Leute haben ja 1990 den Eindruck gehabt, die Infrastruktur würde innerhalb von kürzester Zeit fertig werden, und diese Hoffnungen sind auch durch die Politik genährt worden. Das halte ich für unverantwortlich.

Das betrifft natürlich auch in gleicher Weise den Arbeitsmarkt, wenn man sich schon diesem Problem zuwendet. Also ich empfehle, etwas bescheidener zu sein und sich erst einmal den Möglichkeiten zuzuwenden, die jetzt auch möglich sind und zwar sofort. Und deshalb bitte ich Sie, Herr Dr. Schmachtenberg, daß Sie diese Studie von der BfA, von der Sie gesprochen haben, auch der Enquete-Kommission zur Verfügung stellen, damit man sich dann zum Schluß über diese Dinge wird weiter unterhalten können.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Im Nachgang und in Ergänzung zu dem Statement von Herrn Jork, bzgl. der Situation der Industrieforschung, möchte ich auf eine Feststellung von Herrn Dr. Schmachtenberg Bezug nehmen. Er hat, wie ich glaube, zu Recht festgestellt, daß wir einen Abbau der technologischen Kompetenz, insbesondere in den mittelständischen Industrien, zu registrieren haben.

Das hat, Herr Dr. Schmachtenberg, natürlich auch etwas mit unserer Förderungslandschaft zu tun, denn die Förderungseinrichtungen und die Förderungsstrategien, die wir gegenwärtig fahren, konzentrieren sich auf die große Industrie. Es ist richtig, wenn Herr Rüttgers ständig feststellt, daß die Risikobereitschaft dieser Industrie zunehmend nachläßt. Von daher entsteht genau diese Schere, Herr Jork, die Sie angeführt haben.

Nun gibt es folgende Überlegung: Es ist ja nicht so, daß wir nicht kompetente Leute hätten, im Gegenteil. Wir registrieren auch im technischen und technologischen Bereich zunehmende Arbeitslosigkeit von hochqualifizierten Leuten. Wäre es nicht denkbar, daß von Ihrer Seite Anstöße kommen könnten, um ein ergänztes Förderungsprogramm – denn die übrige Förderung in der Großindustrie ist nun in der Tat in anderen Händen und wird ja auch zur Zeit diskutiert – zu entwickeln, in dem Strategien entwickelt werden, brachliegende technologische Kompetenzen an mittelständische Betriebe zu vermitteln? Die haben nun in Tat von ihrer Liquidität her keine Möglichkeiten, sich selber zu finanzieren, was die Großindustrie wahrscheinlich tun könnte. Also ein politisches Förderungsprogramm, um hier vorhandene Kompetenzen, die brachliegen, auf dieser Ebene, die Sie mit Recht als defizitär angesehen haben, einzubringen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, es sind alle Teilnehmer des Podiums gefragt worden. Als erstes bitte ich Frau Keller um ihre Antworten.

Rosemarie Keller: Es sind ja so viele Fragen, die man sicher in der Antwort auch nur anreißen kann, weil es abendfüllende Programme wären. Ich gehe zuerst auf die ersten Fragen bezüglich meiner Feststellung ein, daß die Betriebe unsaniert in die Marktwirtschaft entlassen worden. Die Betriebe wurden ins

kalte Wasser geworfen, und jeder konnte sich aus den alten Bundesländern, wenn er wollte und in der Lage dazu war, seine Filetstückchen herausziehen, weil wiederum von den ostdeutschen Geschäftsführern oder damaligen Betriebsdirektoren keiner in der Lage war, die Situation so zu überblicken. Daß es anders geht, haben eigentlich die Treuhand gemeinsam mit der Politik und den Gewerkschaften mit der Bildung von sogenannten Management KG's bewiesen.

In der Textilindustrie hat die letzte Management KG „Schröder und Partner“ am 31.12.1996 ihre Pforten geschlossen. In diesen Management KG's wurden Betriebe erst saniert und dann saniert auf den Weltmarkt entlassen. Wenn Sie ganz zum Schluß die Frage stellen, wer die Zeche zahlt, muß ich bekunden, die Zeche hat der Steuerzahler so und so auch bezahlt. Die Aufgabe der Treuhand bestand u. a. darin, mit der Privatisierung der Betriebe so viel als möglich finanzielle Mittel zu erzielen. Das Gegenteil war aber im Prinzip der Fall. Hätte man die Unternehmen erst saniert und dann verkauft, wäre mit Sicherheit kein größerer Verlust eingetreten, würden wir heute ein Resümee ziehen.

Natürlich ist eines klar: Die Arbeitsproduktivität ist in den ostdeutschen Unternehmen zum Teil noch immer geringer als in den westdeutschen Unternehmen. Das hat aber wiederum viele Ursachen und hängt nicht damit zusammen, daß die ostdeutschen Arbeitnehmer nicht in der Lage oder zu faul dazu wären. Das hängt u.U. auch in sehr großem Maße damit zusammen, daß Aufträge nur sehr sporadisch eingehen. Wenn ein Unternehmen vom ersten bis zum letzten Tag in einem Monat oder in einem Jahr arbeiten könnte, würde die Arbeitsproduktivität mit Sicherheit ganz anders aussehen, als sie gegenwärtig aussieht. Dazu kommt, auch das ist vorhin noch einmal angesprochen worden, daß wir 1993 in Köln, von der Gewerkschaft initiiert, eine Beratung mit großen Handelsketten der Bundesrepublik unter dem Gesichtspunkt, ostdeutsche Produkte zu listen, hatten. Ich habe selbst an dieser Beratung teilgenommen und sie stellenweise geleitet. Dort waren die Chefeinkäufer der großen Handelsketten anwesend und haben den ostdeutschen Geschäftsführern deutlich gemacht, daß sie zu schwach sind, und daß sie sich sofort damit abfinden sollen, wenn ihnen gesagt wird, wir haben genug, wir brauchen euch nicht, ihr könnt wieder gehen oder versucht es ein anderes Mal oder eure Produkte sind zu teuer.

Von 1993 bis heute sind vier Jahre vergangen, die Situation hat sich jedoch kaum geändert. Nun kann man sagen, wenn der eine vorne rausfliegt, müßte er hinten wieder reinkommen oder umgekehrt. Aber ein mancher hat den Mut verloren und fühlt sich eigentlich ein bißchen, ich überziehe es vielleicht jetzt, verscheißert oder als der letzte Dreck.

Ein ostdeutscher Unternehmer, ein ostdeutscher Geschäftsführer, ich könnte dafür viele Beispiele nennen, hat lernen müssen und muß weiter lernen, weil er das Management nicht beherrscht. Aber, daß es bei einer fairen Unterstützung der Unternehmen aus den alten Bundesländern möglich ist, beweist, der sich zum heutigen Zeitpunkt durchaus erkennbare entwickelnde Aufwärtstrend in

der Textil- und Bekleidungsindustrie, wenn auch auf einem sehr niedrigen Niveau.

Ich denke, um noch einmal auf die Frage zurückzukommen, wer zahlt die Zechen, es hätte uns von Anfang an besser zu Gesicht gestanden, Arbeit zu finanzieren, anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Professor Maier bitte.

Prof. Dr. Jörg Maier: Es sind zwei Fragenbereiche, die ich auch ganz kurz beantworten will. Zunächst einmal scheint mir wichtig zu sagen, und das war ja auch das, was ich erreichen wollte, daß wir innerhalb der neuen Länder höchst unterschiedliche Entwicklungen haben. Dies muß man noch einmal deutlich herausstellen, auch wenn das sehr vielen Leuten bekannt ist. Wenn Sie jedoch die Presse lesen, sich die gesamte Bewertung ansehen, erkennen Sie, daß dies zu wenig zum Ausdruck kommt. Ich denke, daß muß man bei aller kritischen Position auch deutlich machen. Ich nenne nur jetzt einmal den Saale-Holzlandkreis in Thüringen als ein solches Beispiel. Dort sind Situationen gegeben, die durchaus mit Bereichen in Niedersachsen, in Hessen oder bei uns im nordbayerischen Raum parallel laufen. Das ist ein anderes Fördergebiet, das ist ein anderes Förderkonzept, was wir dort anwenden müssen, wie in Bereichen etwa im Zittauer Raum. Also, das ist zwar als Feststellung lapidar, aber es ist in meinen Augen notwendig.

Nun hatten Sie Fragen gestellt. In meinen Augen ist jedoch bislang – zumindest heute – der ganze Fragenkreis der Kommunen nicht zur Diskussion gekommen. Wir sprechen über die Wirtschaft aber nicht über die Kommunen. Die Finanzprobleme der Kommunen sind eklatant, und es nützt eben sehr wenig, wenn der Unternehmer in seiner Gemeinde allein gelassen wird und keine Hilfestellung durch die Gemeinde erfährt. Es geht um Erschließungen, seien sie über Bahn oder über Straße, was auch immer heute für ein modernes Unternehmen bis hin zur Kommunikation notwendig ist. Mir scheint, daß Sie unbedingt auch diese Finanzprobleme der Kommunen, die man in meinen Augen nicht gelöst hat, zumindest auf der kleinen Ebene der meisten Kommunen nicht gelöst hat, miteinbeziehen sollten. Da sind sehr viele Ideen vorhanden, und ich will jetzt gerade noch einmal zum Thema Einzelhandel etwas bemerken. Ich kämpfe vehement dafür, den Einzelhandel zu differenzieren. Nehmen Sie Kleinstädte, wie wir sie studiert und intensiv beraten, etwa Lengenfeld in Sachsen oder den Bereich Falkenstein. Dort haben wir neben den Einzelhandelsgroßprojekten am Rande ein sich selbständig entwickelnden ortsansässigen Einzelhandel, der sich eigentlich ganz gut behauptet, mit kleinsten Betrieben. Geradezu bewundernswert, wie die Einzelhändler dort versuchen, sich zu behaupten. So etwas muß man unterstützen. Das muß man aufwerten. Hier ist es nicht damit getan zu sagen, wir machen Innenstadtmaking, sondern hier ist es notwendig, diese kleinen Händler auch entsprechend zu fördern und sie auch herauszustellen. Dies ist möglich durch eine eigene Broschüre, in der man z. B. auch erfolgreiche Unternehmer oder ähnliches herausstellt. Ich denke etwa auch an die Stadt Lengenfeld, die eine stillgelegte Textilfabrik mitten

in der Stadt zu einem Einkaufszentrum umgewidmet hat. Also nicht auf der grünen Wiese, sondern in der Innenstadt wurde versucht, etwas zu ändern. Solche Dinge erscheinen mir wichtig, um zu zeigen, es gibt unterschiedliche Facetten bei diesem insgesamt schwierigen Thema.

Und dazu zählt natürlich auch die Textilindustrie. Frau Keller hat ja schon einiges dazu gesagt, ich will das nicht wiederholen. Ich denke nur, es ist wichtig zu trennen zwischen Webereien und Spinnereien, die in unserem Land keine Chance mehr haben. Wenn wir uns noch so sehr anstrengen, die Zeit von Webereien und Spinnereien ist vorbei. Die Textilveredlung hat hier Chancen und die „Plauener Spitze“ ist ein Beispiel dafür, daß es auf einem neuen Niveau durchaus möglich ist, sich erfolgreich auf dem Markt zu behaupten.

Ich komme zum zweiten Komplex, den Sie angesprochen haben. Was können Unternehmen tun? Eine klare Förderpolitik ausgerichtet auf kleine und mittlere Unternehmen, weg von den großen Unternehmen, halte ich für richtig. Die kleinen und mittleren Unternehmen schaffen uns die Ausbildungsplätze und die Arbeitsplätze. Hier ist ein relativ großes technisches Know how vorhanden. Ich empfehle Ihnen, Handwerksmessen einmal zu besuchen, um zu sehen, was Handwerker heute an modernem Fortschritt zuwege bringen, und wie man das erreichen kann. Wenn Sie die bundesdeutsche Hochschullandschaft ansehen, erkennen Sie, daß es in der gesamten Bundesrepublik zwei Lehrstühle für Handwerk gibt, während an jeder Universität mindestens zwei Lehrstühle für Industriebetriebslehre vorhanden sind.

Das Handwerk ist durch Beratung sowie durch Betreuung zu stärken. Erreichen kann man das über Arbeitskreise. Wir haben in all unseren Bereichen, die wir betreuen, eigene Arbeitskreise Wirtschaft und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. Hier kann man sehr viel in Gang bringen, neue Forschungsstellen, angewandte Forschung hinaustragen und entsprechend honorieren. Ich könnte mir schon vorstellen, daß weit mehr noch getan werden kann als das, was heute geschieht. Es ist einfach auch eine Frage der „Manpower“, daß wir draußen vor Ort tätig sind.

Aber bei aller Euphorie möchte ich ein bißchen davor warnen, zu viel von Universitäten und Fachhochschulen zu erwarten, denn die Möglichkeit der Beratung privater Unternehmen ist begrenzt. Ein Hochschullehrer kann immer nur ein Berater sein, mehr nicht. Entscheiden muß der Unternehmer, entscheiden muß der Kommunalpolitiker. Insoweit darf man nicht zu viel erwarten, was da entstehen kann.

Wir können Rahmenbedingungen für Hilfestellungen schaffen, aber handeln muß der Unternehmer selbst. Ich persönlich denke deshalb, daß es wichtig ist, daß man den Leuten, die sich selbständig machen, Mut macht, daß man Unternehmern Mut macht sich herauszustellen und sie auch honoriert. Wobei honorieren jetzt nicht unbedingt in Geld bedeutet. Wir haben eine ganze Reihe von Unternehmen kennengelernt, für die allein schon die Anerkennung in Form von Innovationspreisen u. a. wichtig wäre. Da sind die „weichen Faktoren“ für

eine Wirtschaftspolitik häufig genau so wichtig wie die „harten Faktoren“ der finanziellen Förderpolitik.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank! Herr Dr. Schmachtenberg bitte.

Dr. Rolf Schmachtenberg: Ich habe mir drei Themenkomplexe notiert: Forschung, Arbeitszeitverkürzung und Parteienverdrossenheit.

Zum Thema Forschung: Die Ausgangslage ist, ich habe jetzt nur die Zahlen für Brandenburg parat, daß wir noch 14 große Industriebetriebe im Land haben.

Zwischenruf: Sagen Sie mal, was Sie unter „groß“ verstehen.

Dr. Rolf Schmachtenberg: Als „Groß“ definiere ich Betriebe mit über 500 Beschäftigten. Das sind vier Stahlunternehmen, das sind Energieversorger, das ist Braunkohle, dann das Zentralunternehmen von ADtranz in Hennigsdorf und BHW-Rolls-Royce. Es sind einige schöne Betriebe dabei, aber es ist übersehbar. Und dann haben wir auf der anderen Seite dieses Meer an kleinen und mittleren Unternehmen, z.T. auch entstanden aus reinem Outsourcing, das darf man auch nicht vergessen. Aus „Groß mach Klein durch Zerlegen“ nennt sich Outsourcing heutzutage. Das ist also auch ein Scheingefecht. Wenn man sich jetzt die kleinen Betriebe näher anschaut, dann leben eben sehr viele von diesen kleinen und mittleren Unternehmen von der Baukonjunktur. Sie sind rund um die Bautätigkeit angesiedelt. Da ist wahrscheinlich Forschung und Entwicklung nicht sehr stark ausgeprägt. Wir haben zwar auch ein Projekt zur Entwicklung eines automatischen Gerätes zum Bauen von Mauern, aber das ist vielleicht auch nicht der große Träger von Innovation. Stahlbau ist auch nicht der Schwerpunkt. Mit anderen Worten: Ich will darauf hinaus, daß die Substanz dieser kleinen und mittleren Unternehmen bei einer Wirtschaft, die im wesentlichen von der Bauwirtschaft getragen wird, vielleicht gar nicht so groß ist. Ganz abgesehen noch einmal von der schon mehrfach angesprochenen Eigenkapitalschwäche und anderen Widrigkeiten, die langfristiges strategisches Planen in diesen kleinen und mittleren Unternehmen sicherlich nicht auf die Tagesordnung setzen.

Vor dieser Einschätzung ist dann doch für die Forschungsförderung entscheidend, daß die Universitäts-, Fachhochschul- und Großforschungseinrichtungslandschaft gefördert und gepflegt werden. Hier sollte man nicht sagen, daß das alles nichts bringt, weil das nicht in die Betriebe übergeht. Die Forschungsförderung ist zunächst einmal das Standbein, und da ist auch nach meinen Kenntnissen in den neuen Bundesländern, gerade was die Großforschungseinrichtungen angeht, eine Menge unternommen worden. Dafür sollte man dankbar sein. Das muß fortgesetzt werden.

Es bleibt die Frage, wie gelingt der Transfer, wenn man sagt, die Betriebe selbst haben eigentlich nicht die Substanz, aus sich heraus Forschung und Entwicklung perspektivisch anzugehen und sie tatsächlich in den Großfor-

schungseinrichtungen und in den Universitäten gefördert werden? Wie gelingt der Transfer? Da gibt es durchaus in allen neuen Bundesländern einzelne Förderprogramme, die darauf ausgerichtet sind, z. B. Innovationsassistentenförderung, Technologieberatungsagenturen etc.

Interessant finde ich neue Ansätze im Rahmen des Einsatzes der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, also aus der EU-Strukturpolitik, Qualifizierungsprozesse zu organisieren. Deren Thema beinhaltet durchaus auch, Produktentwicklungswerkstätten zu bilden, also Produktentwicklung voranzutreiben, Pilottypen zu entwickeln, um faktisch dann angelagert an Einrichtungen der Arbeitsförderung sowie an kleine und mittlere Unternehmen, solche Pilotentwicklung in Qualifikationsprozessen zu fördern. Die besten Beispiele dafür sind übrigens gar nicht so weit von hier, in Lauchhammer, in unserer sachsen-nahen Niederlausitz, entstanden. Man könnte sich das auch gerne einmal anschauen. Das ist ein Versuch für Arbeitslose, arbeitslose Ingenieure, Technologen etc., solche Qualifikationsprozesse, die sich meist über ein, zwei Jahre hinziehen, zu organisieren und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zu stützen. Auf diese Weise soll die Verbindung hergestellt werden. Also von der Universität rein in die Wirtschaft, die selbst aus sich heraus die Substanz nicht hat. Deswegen sollten wir auch dann doch wieder an die Großunternehmen denken, die durchaus technologisch einiges bewegen und einige, wo man den Eindruck gewinnt, es sind in der Tat Betriebsstätten großer, international operierender Unternehmen. Die Frage ist, ob es nicht durch gezielte Förderpolitik gelingen könnte, die Unternehmen dazu zu bringen, möglicherweise doch auch nach Ostdeutschland verstärkt Forschungskapazitäten zu verlagern.

Zum zweiten Thema Arbeitszeitverkürzung: Ich bin sehr dankbar für den Hinweis, auch Weniges bringt etwas. Ich will auch hier noch eine Zahl in den Raum setzen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in den neuen Bundesländern liegt derzeit bei 13 %. In den alten Bundesländern bei 22 %. Sicherlich ist da eine Reserve vorhanden. Auch wenn man sagen muß, daß wegen geringerer Einkommen in Ostdeutschland die Neigung aufgrund der damit verbundenen Einkommensverlusten nicht sehr hoch ist. Es ist aber vielleicht auch ein Ausdruck traditioneller Arbeits- und Lebensgewohnheiten. Ich denke, hier ist eine Reserve vorhanden, auf die wir hinweisen sollten.

Zum Thema Parteienverdrossenheit und Weimarer Republik: Soviel mir bekannt ist, waren die Arbeitslosen in der Weimarer Republik am Ende häufig auch die Nichtwähler, also die, die sich ganz zurückzogen. Radikal wählten hingegen die, die ich mal als „Grenzbeschäftigte“ bezeichnen möchte. Ich meine damit diejenigen, die eigentlich noch im System sind, aber die große Angst haben, aus dem System rauszufallen. KPD-Wähler waren zum Teil Arbeitslose, aber NSDAP-Wähler waren in der Regel nicht Arbeitslose, sondern in der Tat „Grenzbeschäftigte“, und das ist eigentlich das, was ich auch in den Hessischen Kommunalwahlen beobachte. Es ist nicht so, daß rechtsradikal gewählt wird, sondern es wird gar nicht gewählt. Also, die geringe Wahlbeteiligung ist für mich eigentlich dieser Ausdruck von Verdrossenheit. Der Rück-

zug ist vielleicht noch die bessere Form als die Radikalisierung. Auf der anderen Seite ist es aber auch eine sehr unheimliche Form, weil man nicht weiß, was sich dahinter eigentlich versteckt. Diese Form der Verdrossenheit drückt sich ja nicht aus. Ich will die Gelegenheit nutzen, weil ich eine andere Entwicklung am Ende der Weimarer Republik für sehr wichtig und spannend halte, daß es nämlich damals auch eine sehr massive Diskussion über Formen der Arbeitsförderung, der produktiven Arbeitsförderung, gab. Das sind eigentlich die Dinge, die ich vorhin schon einmal kurz andeutete, wo wir auch weiter dranbleiben müssen. Es geht um die Tatsache, daß wir Beschäftigungsförderung mehr in investive Bereiche reinbringen müssen, so daß wir auch deren Finanzierung eher rechtfertigen können. Wir bekommen bei dem enormen Mangel an Arbeitsplätzen schon ein Dilemma. Wenn wir dann über die „klassische“ Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, wie sie das Arbeitsförderungsgesetz vorsieht, regional befristet, den Mangel an Arbeitsplätzen bekämpfen wollen, und uns dieses Förderrecht aber dann dazu verdammt, ausschließlich Nicht-Notwendiges in einem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt zu organisieren, dann ist die Bereitschaft, das zu finanzieren, irgendwo begrenzt. Und deswegen denke ich, ist diese Debatte, die auch am Ende der Weimarer Republik geführt wurde, nämlich wie kann man Arbeitsförderung investiv ausrichten und zusätzliche Aufträge dadurch finanzieren, daß man eben Arbeitslose hier mit einsetzt, auch ein ganz wichtiges Thema. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Herr Professor Schmidt bitte.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Ich möchte mich noch einmal der Frage von rechts und links zuwenden. Bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit werden die Wirtschaft und Politik allzugern getrennt betrachtet. Das betrifft besonders die Totalitarismusforschung. Es besteht ein von Totalitarismusforschern nur ungenügend beachteter Unterschied. Das habe ich bereits am Montag gesagt. Die rechte Diktatur läßt die Eigentumsverhältnisse wesentlich unangefochtener als die linke. Die Gefahr dürfte heute weniger von rechts ausgehen. 1928 erschien der Bericht eines Verbandes sächsischer Industrieller, in welchem im Anschluß an eine Klage über die durch die Weimarer Republik verdorbenen Arbeiter die Forderung nach Recht und Ordnung erhoben wurde. 1930 war die deutsche Arbeitskraft im internationalen Vergleich viel mehr wert als heutzutage. Zu jener Zeit konnte die Maschine nur die Muskelkraft ersetzen. Nicht ersetzt werden konnten die geistig-formalen Fertigkeiten des Arbeiters. Man benötigte den deutschen Dreher, der wie kein anderer in der Welt den deutschen Drehstahl an der deutschen Maschine auf das Werkstück richten konnte. Zur Disziplinierung benötigte die Industrie einen Hitler, der sich dann als der verkehrte erwies. Nachdem Hitler den Krieg begonnen hatte und die Männer an der Front waren, preßte er die Frauen in die Fabriken, um die Maschinen zu bedienen. Nur die Zahl meiner Geschwister befreite die Mutter von diesem Schicksal. In unserer Zeit würde die im bombensicheren Bergwerksstollen aufgestellte automatische Fertigungszelle die Granaten drehen, ohne daß Frauenarbeit dazu erforderlich wäre. Jetzt würde selbst in

Kriegszeiten die Entwertung der Arbeit ihren Fortgang nehmen. Wäre ich Unternehmer, warum sollte ich eine rechte Partei mit Demagogen an der Spitze zur Disziplinierung der Massen bezahlen, wie es 1930 – 1933 der Fall war? Jetzt kann in Europa der Demokrat gespielt und mit dem Geld und dem Rest der Produktion in Länder gegangen werden, die noch einen Diktator an der Spitze haben. Vielleicht stecke ich hier den Kopf in den Sand. Es ist nicht richtig, das Dritte Reich, die DDR und Diktaturen heute nach dem gleichen Schema zu beurteilen, ohne die jeweilige Wirtschaftssituation zu hinterfragen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller: Vielen Dank! Herr Dr. Lubk.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Spiller, vielleicht darf ich noch einmal nachfragen. Mich befriedigt die Antwort von Herrn Professor Schmidt nicht. Ich habe gedacht, daß er als Hochschullehrer auf die Frage, wie Forschung zu organisieren ist, damit sie hilfreich ist, eingehen könnte.

Prof. Dr. Reinhard Schmidt: Sehr gern sage ich etwas zur Forschung. Die Innovation, das Ergebnis derselben, ist wie ein leichtflüchtiges Reh. Die Idee von heute ist morgen bereits über zig Grenzen. Die Ergebnisse der Forschung würden nur hier bleiben, wenn wir die Löhne in nachfolgenden Stufen halbieren könnten. Sie können die Unternehmen nicht zwingen, die Innovation nur hier im Lande zu verwerten und nicht mit hinauszunehmen. Das ginge gegen die freiheitliche Ordnung. Die Hochschulen stehen diesem Prozeß relativ machtlos gegenüber. Wir sollten diese Wahrheit anerkennen. Öffnen Sie heute abend Ihren Computer von der Rückseite her. Ich will gern die Wette abschließen, daß auf den darin befindlichen Leiterplatten Made in Korea oder ein anderes Land darauf steht. Es fehlt der Anreiz für die Industrie hierzubleiben. Die Automatisierung der geistig-formalen Arbeit hat heutzutage auch andere Länder in die Lage versetzt, anspruchsvolle Produktion zu verwirklichen. Der Vorteil, den der deutsche Arbeiter 1930 hatte, indem er wie kein anderer in der Welt qualifiziert war, ist unterdessen weitgehendst verlorengegangen. Ich weiß auf meinem Gebiet genau, wieviel chinesische, thailändische und Namen aus anderen Ländern in den Patentlisten erscheinen und daß da die Deutschen nur u. a. sind. Es war ja interessant, wie in der Anhörung vom Montag die schlechte Patentergiebigkeit der DDR erwähnt wurde. Ich wollte schon fragen, ob dort die Kritik von Bundesministers Rüttgers zur Patentsituation der BRD vom Vorjahr verlesen wurde. Die Berichte des BMBF weisen auf eine zur Zeit unbefriedigende Situation hin. Das ist nicht, weil wir weniger forschen, sondern weil es die anderen auch können.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Jork, ich weiß nicht, ob Sie das jetzt befriedigt hat, aber es gab die Chance, ob sie genutzt wurde, müssen Sie selber entscheiden. Herr Dr. Lubk bitte.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Wenn ich das recht in Erinnerung habe, bin ich besonders zu der Frage Arbeitslosigkeit angesprochen worden. Ich möchte gern noch einmal dazu Stellung nehmen. Vorab darf ich nur einfach, als Vertreter von Sachsen in der Kommission für Zukunftsfragen, auch einen Bericht zur

Forschungsförderung in Sachsen anbieten, denn ich glaube, wir haben hier einige spezifische Förderungen in Sachsen. Ich habe aber die Unterlagen nicht dabei, die genau auf diese Punkte zielen, die hier angesprochen worden sind.

Zur Arbeitslosigkeit, speziell zur Frage: Haben wir uns mit dem Problem, daß es Arbeitslose gibt, abgefunden? Ich sage klipp und klar nein. Als Beweis darf ich anführen, daß wir u. a. eine solche Kommission mit einem anderen Namen gebildet haben. Uns treibt dieses Problem ganz eindeutig um. Diese Probleme beschäftigen uns in der Kommission. Ich kann das in den Sitzungen verfolgen, als Zuhörer, als Mitglied der Arbeitsgruppe.

Was passiert, wenn die Basis aller sozialen Sicherungssysteme sich im Moment tendenziell verschmälert? Was ist hier zu verändern? Also, es wird sich niemand mit diesem Problem abfinden.

Wir dürfen, bezogen auf Ostdeutschland, dabei etwas nicht übersehen: Ich erwähne die sogenannte Erwerbspersonenquote, das ist die Zahl derer, die nach Arbeit nachfragen, bezogen auf diejenigen, die zur Arbeit fähig sind. Es geht also im allgemeinen um die Menschen, die zwischen 15 und 65 Jahren liegen. Diese Erwerbspersonenquote lag bei Männern in Ostdeutschland im Jahr 1995 nach dem Mikrozensus bei etwa 80 %, in Westdeutschland im Durchschnitt etwa bei 82 %. Wobei die Spanne von der Saar mit 76 % bis Bayern mit 86 % reichte.

Bei Frauen war folgendes Bild zu verzeichnen: Im Bundesgebiet Ost lag eine Quote von 74 % vor, im Bundesgebiet West lag sie bei 60 %. Die Spanne reichte dort von 49 % im Saarland bis 67 % in Bayern.

Auf Ostdeutschland bezogen habe ich das Problem Transfers ganz bewußt angesprochen, weil wir auf Transfers nicht verzichten können, nicht verzichten wollen und nicht dürfen. Wir müssen jedoch bei den Transfers in die sozialen Sicherungssysteme im Bereich der Arbeitslosenversicherung bitte etwas beachten. Etwa 33 % oder 35 % der Ausgaben für Ostdeutschland der Bundesanstalt für Arbeit sind durch Beitragseinnahmen gedeckt. Das ist ein Fakt, den wir nicht beiseiteschieben können. Das steigert sich langsam. Wir würden uns nämlich in Ostdeutschland keinen guten Dienst erweisen, wenn wir nur fordern. Wir müssen dann schon Argumente finden.

Wie erkläre ich das einer Arbeitnehmerin, einem Arbeitnehmer aus den alten Bundesländern, daß hier mit öffentlichen Hilfen und Transfers ein weitaus höheres Maß an Erwerbsorientierung auch auf Dauer befriedigt wird? Ich weiß, daß es derzeit natürlich Einkommensfragen sind, die auch im Hintergrund stehen. Das ist ganz klar, nur auf diesen Zusammenhang möchte ich hier noch einmal aufmerksam machen. Wir müssen die Frage beantworten, ob es uns gefällt oder nicht. Wir müssen Lösungen finden, da stimme ich Herrn Dr. Schmachtenberg erneut zu, weil da die ostdeutschen Länder von Anfang an auf einen sehr wirtschaftsnahen Einsatz der Mittel der Bundesanstalt gedrängt haben. Ich denke, der § 249 ist damals auch so eine gemeinsame Aktion gewesen, den wir ins Arbeitsförderungsgesetzbuch gebracht haben. Auch die Ver-

änderungen, die mit dem Arbeitsförderungsreformgesetz vorgesehen sind, werden eine Konzentration der Fördermittel denen bringen, die Arbeit schaffen. Der § 249 war stets auch unsere Intention.

Das Arbeitsförderungsgesetz muß es möglich machen, ohne allzuviel Einschränkungen, Unternehmen zu fördern. Das heißt ganz konkret, daß denen ein Lohnkostenzuschuß gegeben wird, die Arbeitslose einstellen. Im Moment ist das eingeschränkt. Da gibt es auch Verfahrensfragen bei der Bundesanstalt. Das ist das eine, aber auch hier dürfen wir nicht übertreiben. Wir müssen sehen, wo hier die Grenze ist. Wenn ich mit Lohnsubventionen arbeite, nichts anderes ist das, kann es mir passieren, daß ich auch Strukturen erhalte, die vielleicht nicht erhaltenswert sind. Ich merke das dann später.

Ich darf nur einmal ganz kurz in den Bereich der Wirtschaft abgleiten. Die Diskussion um die „industriellen Kerne“ war in dieser Zeit richtig. Trotzdem müssen wir uns heute die Frage stellen: Haben wir nicht auch manchmal etwas erhalten, was vielleicht schon vorbei war? Natürlich haben wir 1991/92, immer daran gemessen, wie weit sind wir in der Sektorenstruktur im Vergleich zu Westdeutschland. Die Veränderungen waren in den einzelnen Wirtschaftsbereichen enorm. Letzten Endes haben wir aber sagen können, wir werden Westdeutschland nie erreichen können, weil der Prozeß der technischen Entwicklung so rasant fortschreitet, daß das, was hier vielleicht neu entsteht, zu völlig anderen Strukturen führt. Insofern ist es ein ja und ein nein, was die Förderung anbetrifft. Ein ja, denn wir brauchen sie, die Unternehmen müssen gestärkt werden, ein nein, weil wir aufpassen müssen, daß wir nicht überziehen.

Damit bin ich bei der angesprochenen Frage der Refinanzierung des zweiten Arbeitsmarktes: Es gibt eine Menge wunderschöner Berechnungen darüber, über ABM, möglicherweise auch über § 249. Nur sind das oft Finanzierungen, die auch zweckgebunden sind. Es ist keine hundertprozentige Finanzierung. Es ist die Frage, wieviel Geld können wir dort hineinfließen lassen, ohne den ersten Arbeitsmarkt zu beschädigen.

Herr Dr. Schmachtenberg hat das auch in bezug auf ABM angesprochen. Wenn Sie sich die Statistiken der Bundesanstalt einmal anschauen, dann werden Sie sehen, daß in den neuen Ländern, und hier darf ich Sachsen besonders hervorheben, der Anteil der Arbeitnehmer, die in sogenannten investiven Förderbereichen bei ABM drin sind, deutlich höher liegt, als in Westdeutschland. Das wollen wir erhalten, aber wir müssen hier Augenmaß beweisen.

Als letztes: Sie haben noch gefragt, wer ist der Adressat? Natürlich ist eine Regierung, eine Landesregierung, eine Bundesregierung immer Adressat. Sie kann die Arbeitsplätze nur nicht schaffen, sie kann nur mit dem Sachverstand der Abgeordneten, der gewählten Vertreter des Volkes, die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Das ist das, was eine Regierung machen kann. Den Arbeitsplatz selbst kann nur das Unternehmen schaffen. Insofern müssen wir uns auf Rahmenbedingungen einigen, so daß die Unternehmer den Mut finden, ein Unternehmen zu gründen.

In Ostdeutschland gibt es viele, die nach § 55a Arbeitsförderungsgesetz und anschließend durch Länderprogramme, finanziert aus dem Europäischen Sozialfonds, ein Unternehmen gegründet haben. Dadurch konnten sie etwas Sicherheit in den ersten Jahren erhalten. Es gibt weitere Förderung. Auf diesem Weg muß man weitergehen. Wir müssen auch versuchen, Leute, die jetzt in einer abhängigen Beschäftigung stehen und sich selbständig machen wollen, auf allen möglichen Wegen, zu helfen. Wenn es wahr ist, daß das Wissen und Kapital die menschliche Arbeit ablösen, ist eine Veränderung der Einkommensströme herbeizuführen.

Da bin ich beim Stichwort Kapitalbeteiligung oder Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Die Zahlen, die wir bisher haben, sind nicht beeindruckend. In Sachsen haben wir jetzt eine Förderung versucht, angebunden an die GA-Förderung, aber da gibt es eine Menge Probleme. Wir haben gesagt, den höchsten Fördersatz kriegt nur der, der in seinem Betrieb ein solches Modell, Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand, praktiziert. Das sind ganz geringe Sätze. Aber hier müssen wir umdenken.

Wir müssen ebenso umdenken bei Fragen der Teilzeit. Volle Zustimmung aber keine unbegrenzten Hoffnungen habe ich. Da warne ich immer davor. Als letztes möchte ich betonen, daß wir versuchen müssen, Wege zu finden, wie wir Interessen jenseits der „klassischen“ Erwerbsarbeit fördern können. Ich frage mich manchmal, ob wir nicht bestimmte Mittel, die wir heute in ABM reinstecken, nicht zweckmäßiger anwenden könnten, um mehr junge Leute, beispielsweise in einem freiwilligen ökologischen Jahr oder in einem freiwilligen sozialen Jahr, zu fördern. Das hat nicht nur, vielleicht boshaft unterstellt, den Effekt, daß der Arbeitsmarkt ein bißchen entlastet wird. Das beinhaltet sehr viele andere positive Effekte. In ganz Sachsen liegt etwa, ich kann mich nicht exakt festlegen, eine Größenordnung von 5.000 bis 7.000 Leuten vor. Der Bedarf ist teilweise größer. Der Bedarf ist nicht nur aus der Not geboren. Aber ich meine, in diese Richtung sollte man auch denken. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank! Wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen aus der Kommission, und wenn sich jetzt niemand mehr meldet, würde ich gerne die Redeliste schließen. Ich kann gut verstehen, daß auch im Podium selbst der Wunsch besteht, zu dem, was gesagt worden ist, noch das Wort zu ergreifen. Wir haben natürlich die Form zu wahren, daß die Mitglieder der Kommission die Experten befragen und wenn es sich jetzt nicht ergeben sollte, daß Sie, Frau Keller, noch einmal befragt werden, dann würde ich Ihnen gerne noch einmal das Wort erteilen. Herr Vergin bitte.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Professor Maier, Sie haben sehr konkret an die Kommission die Forderung gerichtet, die Förderprogramme auszudehnen und die städtischen Regionen ab 50.000 in den Blick zu nehmen. Das heißt also, Sie wollen damit dem Grunde nach eine bessere Mittelstandsförderung verbinden. Ich würde diesen Gedanken sehr gerne nachgehen wollen. Da wir überlegen müssen, was wir in den Abschlußbericht hineinnehmen, will ich Ih-

nen gerne noch einmal die Möglichkeit geben, diese Problematik zu vertiefen, weil ich glaube, daß gerade für die neuen Länder, dies von einer immanenten Bedeutung ist. Wir haben hier nicht die Ballungsräume, die wir aus Westdeutschland kennen. Da ich nicht Mitglied des Wirtschaftsausschusses bin, kenne ich die Programme und den Umfang der Förderung nicht. Ich kann mir aber vorstellen, daß dort tatsächlich Nachholbedarf ist. Dies würde auch zu einer Entlastung der Ballungsräume mit ihren vielen Problemen des Zuzugs und der weiteren Infrastruktur und den Ausbaumaßnahmen führen, die bei immer stärkerer Beanspruchung von der Wirtschaft herrühren. Insofern scheint mir das stimmig zu sein. Das neueste Bioregioprogramm ist genau Ihren Vorstellungen gegenläufig, denn Bioregionen haben nur Chancen, wenn sie die Infrastruktur schon aufweisen. Ich bitte Sie wirklich, das noch einmal zu vertiefen, damit wir uns abschließend eine Meinung darüber bilden können, weil dies eine sehr konkrete Maßnahme ist.

Das zweite, was mich sehr beunruhigt, ist nicht das Problem der Arbeitslosigkeit, sondern, ich glaube es war Herr Dr. Lubk, der darauf hingewiesen hat, es ist das Problem, daß wir eine Abnahme des Arbeitsvolumens zu verzeichnen haben. Ich muß hierzu noch einmal nachfragen, weil ich nicht genau weiß, ob ich das richtig verstehe. Meinen Sie damit nur die Abnahme des Arbeitsvolumens von der Muskelarbeit her, denn die bisherige Auffassung ist doch die, daß die Muskelarbeitskraft ersetzt wird durch die Maschinenarbeitskraft und neuerdings durch Prozessoren und was da alles so dazu gehört? Wenn das wirklich so ist, daß das, was Sie als Abnahme des Arbeitsvolumens beschreiben, nicht gleichbedeutend ist mit Abnahme der Produktbildung, muß man dann nicht gerade aus der Sicht der öffentlichen Hand, das Thema der Wertschöpfung in eine völlig neue Sichtweise lenken? Denn wie wollen Sie sonst die öffentlichen Haushalte bedienen, wenn man nicht bei weiterem Verlust von Lohnsteuerzuwachs in die Wertschöpfung hineingeht? Darüber ist bisher – nach meiner Auffassung – viel zu wenig gesprochen worden. Der Arbeitsmarkt soll sich praktisch aus sich selbst heraus in Ordnung bringen, und da sehe ich nicht mehr viele Möglichkeiten. Dies wäre auch eine Frage an die Vertreterin der Gewerkschaft, ob dort eine neue Diskussion über dieses Thema der Wertschöpfung, die es früher schon einmal gab, wieder entfacht worden ist.

Zur dritten Frage: Ich weiß jetzt nicht mehr genau, wer sie aufgeworfen hat und verlangt hat, daß ein neues Managerverhalten notwendig ist. Ich weiß nicht, waren Sie es, Frau Keller, oder war es auch der Herr Dr. Lubk, der das angesprochen hat? Jedenfalls ist es heute Vormittag angemahnt worden, daß die Wirtschaft neue Manager braucht. Ich könnte dem sehr viel abgewinnen, weil wir gerade sehr oft feststellen, daß sich bei Zusammenbrüchen letztendlich herausstellte, daß, hätte das Management anders, schneller und früher reagiert, wirtschaftliche Zusammenbrüche nicht passiert wären.

Die vierte Frage ist eine ganz kleine Geschichte, aber für mich von Bedeutung: Herr Dr. Schmachtenberg, Sie haben, was ja sonst nicht oft vorkommt, Lehrer gelobt, die mit Hilfe ihrer Gewerkschaft, die ich mal als Vizepräsident in der

Bundesrepublik mitgeführt habe, zu einer Arbeitszeitemschichtung und Umverteilung aufgerufen haben. Ich kenne das Thema nicht so genau. Ist das wirklich beispielgebend für andere Bereiche oder was spielt sich denn dort konkret ab, daß Sie das positiv und lobend hier auf den Tisch gebracht haben?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich wollte eine Frage zu den Erwartungen und zu den Realisierungen stellen. Wenn wir jetzt in der letzten Runde sind, geht es ja auch darum, welche Aufgaben für die Realisierung wir mitnehmen können. Wir sind ja eigentlich als Enquete-Kommission die Nehmenden in der Runde. Ich muß allerdings gestehen, daß vor allem Herr Dr. Lubk und auch Herr Schmachtenberg genau dazu in der letzten Runde etwas gesagt haben. Damit reduziert sich die Frage etwas. Ich würde mir wünschen, daß wir die Frage beantworten, wie wir alle Partner beim Aufbauprozeß, die benötigt werden, ermutigen und welche Rolle z. B. die Medien dabei spielen könnten.

Die Analyse reicht nicht. Wir müssen zu Ergebnissen kommen. Und wenn wir von Erwartungen sprechen, möchte ich darauf hinweisen, daß zuerst die Bürger in der DDR vor und mit der friedlichen Revolution Erwartungen hatten. Diese Erwartungen sind die Grundlage und nicht die Erwartungen, die die Politik erzeugt. Die Politik hat für die Bürger da zu sein. Wenn sie nicht richtig funktioniert, auch deshalb sind wir hier, muß sie gesagt bekommen, was sie falsch macht, damit die Erwartungen zur Kenntnis genommen und nach Möglichkeit im Interesse aller realisiert werden.

Abschließend noch eine Bemerkung zu den von uns allen gewünschten blühenden Landschaften. Ich möchte davor warnen, daß wir zu oft keimende Früchte ausreißen und nachsehen, wie weit denn die Triebe entwickelt sind, um dann festzustellen, es geht ja wohl doch zu langsam. Durch diesen Prozeß behindern wir selbst das Wachstum. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Jork, sagen Sie noch bitte von wem Sie eine Antwort erbitten.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich wollte Frau Keller fragen. Ich wollte eigentlich Herrn Lubk und Herrn Schmachtenberg noch mit ansprechen, aber vielleicht wird das zuviel.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, das ist ja jetzt doch noch einmal eine nahezu komplette Abschlußrunde. Herr Professor Maier, Sie sind als erster gefragt worden. Bitte.

Prof. Dr. Jörg Maier: Ja, vielen Dank. Ich denke, Herr Dr. Lubk hat es schon vorher sehr deutlich gemacht. In meinen Augen gibt es, was Förderung angeht, bei der regionalen Förderpolitik von der Europäischen Union, vom Bund und von den Bundesländern eine Fülle von Programmen. Es ist eher so, daß die Situation kaum überschaubar ist. In mancherlei Hinsicht ist es für einen kleinen oder mittleren Betrieb zunehmend schwieriger geworden, die Pro-

gramme zu überschauen und zu nutzen. Was sicherlich fehlt, ist die Frage, auf flexible Konzepte flexible Antworten zu finden. Wir sind zu sehr in der Förderung in festgefügte Bahnen eingebunden. Die Gemeinschaftsaufgabe ist ein Paradebeispiel dafür. Man öffnet sich zu wenig für neue Ideen, die nicht in dieses Schema unbedingt hineinpassen. Das zum Thema Förderpolitik. Man könnte sicherlich noch viel dazu sagen, Sie hatten aber noch eine weitergehende Frage gestellt.

Wir hatten ebenfalls schon gehört, daß man beim Aufbau der neuen Länder zunächst einmal den Gedanken von Wachstumspolen in der Raumordnung forciert hat. 12 solche Wachstumspole sind als Basis geschaffen worden, um die klassische Großindustrie, die alte Industrie, soweit es irgendwie denkbar war, zu halten. Das war vernünftig im Jahre 1990/91, sicherlich auch noch 1992, aber es ist heute notwendig, daß wir diesen Gedankengang ergänzen, denn es hat sich in der Zwischenzeit gezeigt, daß wir Standorte haben, die sich durchaus positiv entwickeln und die nicht in dieses Konzept hineinpassen. Die schon gar nicht in die Vorstellung passen, daß von diesen altindustrialisierten Bereichen so etwas wie Überschwappeffekte entstehen, die eine ganze Region befruchten. Vielmehr sind es in der Zwischenzeit andere Städte geworden, die sich sehr positiv gestalten. Es sind zum Teil Gemeinden mit ca. 30.000 Einwohnern. Wenn Sie Neustadt/a.d. Orla nehmen, eine kleine Gemeinde, die eine durchaus positive Entwicklung zu verzeichnen hat. Ich bin sehr erfreut über so eine Chance. Die Frage lautet, welche Stadtgrößen, welche Gemeindegrößen haben wir denn in Zukunft in unserer Gesellschaft als besonders wichtig anzusehen? Quer durch Europa verkörpern Städte zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern Standorte, die immens wachsen, weil sie eine Reihe von Vorteilen aufweisen. Dort sind meist Bildungseinrichtungen, Fachhochschulen und Universitäten vorhanden. Dort gibt es Kammern, sind Beratungen und Standorte von Gewerkschaften vorhanden. Dort verfügt man über kreative Milieus. Hier verfügt man also über das, was aus der Region als Triebfeder für neue Impulse fungiert. Diese neuen Impulse gilt es zu fassen und zu forcieren sowie zu fördern. Das geschieht bislang über Förderpolitik nur ganz am Rande. Es ist sicherlich notwendig, dieses in verstärktem Maße auszubauen. Ich persönlich denke, daß dieser regionale Sektor, wenn Sie gerade jetzt an die südlichen Bundesländer, an Thüringen und Sachsen denken, ein großer Faktor für die Zukunft ist.

Ich würde darauf weit stärkeres Gewicht legen, dabei die anderen Bereiche der großen Industrie und ihre Positionen natürlich nicht vernachlässigen, aber diese, von mir genannten Standorte, sind in besonderem Maße zu fördern, weil hier die Kraft liegt. Der einzelne Unternehmer kann hier noch gestalten. Man kann hier Einfluß auf regionale Entwicklungen nehmen. Hier funktioniert auch die Verbindung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen in sehr besonderem Maße. Ich würde Ihnen sehr empfehlen, diese Siedlungskategorie als besonders wichtig anzusehen. Sie ist in den neuen Ländern in meinen Augen in den letzten drei, vier Jahren besonders deutlich hervorgetreten. Dazu gibt es genug Belege und Beispiele. In diese Richtung würde ich Sie sehr er-

muntern wollen, weitere Schritte, neben den klassischen großindustrialisierten Bereichen, die man ja nicht damit vernachlässigen kann, zu unternehmen. Ich glaube, daß dies eine neue Impulsgebung ist, die man bislang in der ersten Entwicklungsphase der neuen Länder so nicht sehen konnte oder auch nicht sehen wollte. Vielleicht geschah dies aus dem Grunde, daß man ja zunächst einmal die Mittel konzentrieren mußte.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank! Herr Dr. Lubk bitte.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Einige Bemerkungen zum Arbeitsvolumen. Da geht es zunächst einmal um die Größe der bezahlten Arbeitsstunden. Wie die sich verändert haben, wird statistisch gemessen. Hier haben wir eine rückläufige Entwicklung sowohl durch die Folgen der Internationalisierung, der Globalisierung, als auch durch den technischen Wandel zu verzeichnen. Das ist so. Es ist aber in der Vergangenheit häufig nicht wahrgenommen worden, denn wir verzeichneten steigende Erwerbstätigkeit auch bei steigender Arbeitslosigkeit und bei steigenden Bruttowertschöpfungen. Die Folgen, die sich daraus ergeben, kann ich jetzt nur ganz grob beschreiben, weil Sie noch nicht klar sind. Es muß aber Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem geben. Das ist das einzig sichere. Wir diskutieren ja nun schon ewig beispielsweise um die Lohnnebenkosten. Ich betone noch einmal, es nützt nichts, einen Verschiebehahnhof aufzubauen, man muß auch bei Lohnnebenkosten oder Lohnkosten, wie Sie auch immer dieses Thema benennen wollen, am Ende zu Einsparungen gelangen.

Zum neuen Managerverhalten: Ich denke, es gibt in vielen Großunternehmen der alten Länder genauso planwirtschaftliches Verhalten. Darüber gibt es inzwischen Belege und Veröffentlichungen. Wann immer, ich muß uns einmal in Schutz nehmen, auf die Staatsdiener geschimpft wird, muß man konstatieren, daß es in großen Konzernen manchmal nicht anders ist. Das können Sie sicher besser einschätzen. Manchmal soll es schlimmer werden, wenn sich dann beide Seiten zusammenfinden.

Für Ostdeutschland gibt es nach meiner Kenntnis eine neue Studie. Die Verfasser sind mir jetzt entfallen, die genau auf dieses Problem eingehen. Vielleicht kann die Kommission, wenn sie will, sich dieser Frage zuwenden. So wie der Arbeitsmarkt sich verändert und von den Arbeitnehmern Veränderungen verlangt, lebenslanges Lernen als Stichwort hierzu, so gilt dies natürlich genauso für die Manager.

Zum Stichwort Medien: Ich kann feststellen, daß es immer wieder von den Medien gute und schlechte Artikel gibt, das ist wie bei jeder Arbeit so. Was ich mir persönlich wünsche, ist eine größere Sachverhaltsaufklärung. Dieser steht dann natürlich manchmal das Interesse an Verkaufszahlen gegenüber, wodurch andere Themen mehr in den Vordergrund gerückt werden. Aber ich sage es noch einmal, wir brauchen mehr Sachverhaltsaufklärung. Es muß mehr Wissen um die Wirtschaft, um wirtschaftliche Zusammenhänge in das Bewußtsein dringen. Manchmal hilft dort schon die einfache Logik.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank! Frau Keller bitte.

Rosemarie Keller: Ich habe noch eine Frage von Herrn Dr. Elm offen. Wo sehen wir die Ansatzpunkte für radikale Veränderungen? Da ich nicht weiß, was Sie unter radikalen Veränderungen verstehen, sage ich, wir sehen Ansatzpunkte zu Veränderungen mit unserem Vorschlag zum Bündnis für Arbeit. Da sind z. B. Vorschläge über Teilzeit, über Arbeitszeit generell enthalten. Über die Gestaltung von Tarifverträgen bis hin zu Fragen der Wertschöpfung steht alles im Bündnis für Arbeit, und deshalb meine Bitte an die Enquete-Kommission, setzen Sie sich dafür ein, daß die Politik und die Wirtschaft gemeinsam wieder an den Tisch mit den Gewerkschaften zurückkehren, um über dieses Bündnis zu beraten und es letztendlich umzusetzen. Nicht unter dem Gesichtspunkt, wie es heute vielleicht wieder angeklungen sein könnte bei Herrn Dr. Lubk, daß es in Sachsen sehr gute Beziehungen zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gibt. Die Bildung einer Innovations- und Arbeitsmarktoffensive wurde dazu genannt. Die gibt es schon, aber ich gebe dabei zu bedenken, daß man das auch als Feigenblatt benutzen kann. Das soll nicht heißen, daß wir in Sachsen wohlweislich mit allen Dingen, die in der Politik und Wirtschaft laufen, einverstanden sind. Ich nenne nur ein einziges Beispiel aus der Textilindustrie. Es gab und gibt noch einen sogenannten Beauftragten für die Textilindustrie in Sachsen. Der Mann hat von früh bis spät gearbeitet, jedoch mit einer Wirkung, die fast Null ist. Hier kann ich das nicht immer als Aushängeschild benutzen. Deshalb meine Bitte, setzen Sie sich dafür ein, daß die Politik und die Wirtschaft an den gemeinsamen Tisch zurückkehren. Noch eine letzte Bemerkung zu den von Herrn Lubk im ersten Teil der Beratung geäußerten Formulierungen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Dr. Lubk, daß Sie froh sind, daß in Sachsen die ganzen Probleme unter einem relativen sozialen Frieden bisher angegangen werden konnten und einhergehen. Das sollten wir aber bitte nicht so verstehen, daß hier jeder mit allem, was passiert, zufrieden ist. Ich möchte es an einem einzigen Beispiel deutlich machen. Ich war vor etwa eineinhalb Wochen in einem Konfektionsbetrieb im Erzgebirge. Die Leute verdienen dort 6,50 DM/Std., aber keinen Akkordlohn, sondern Zeitlohn. Nur 6,50 DM/Std, und sie sind drei Monate ohne Lohn. Wir wollten uns als Gewerkschaft mit den Kolleginnen zusammensetzen und sie fragen, wie lange sie das noch über sich ergehen lassen wollen. Mir ist dabei eine Formulierung an den Kopf geworfen worden, die mir die Sprache verschlagen hat. Wir wissen natürlich, daß die Angst sehr groß ist, aber dort haben mich zwei Kolleginnen gefragt: „Habt Ihr Euch eigentlich mal Gedanken darüber gemacht, daß gegenwärtig in unserer Region, und sicher nicht nur in unserer Region, die Angst vor der Arbeitslosigkeit viel größer ist, als zu DDR-Zeiten die Angst vor der Stasi?“ Ich muß Ihnen sagen, daß hat mir verdammt zu denken gegeben. Und das bei einem Lohn in der Bekleidungsindustrie mit einem Niveau von 6,50 DM. In der Textilindustrie gibt es seit dem 1. März Tarifierhöhungen. Die neue Tarifrunde ist hierbei für beide Seiten erfolgreich gelaufen. Hier gibt es Löhne zwischen 10,65 DM in der Lohngruppe I und

14.56 DM in der Lohngruppe 8. Man muß dabei wissen, daß die meisten der Beschäftigten in den Lohngruppen 4 und 5 liegen, nämlich bei 11,84 DM und 12,52 DM. Hier kann man sich dann wohl selbst die Frage beantworten oder das Bedauern darüber äußern, warum es so wenig Arbeitnehmerbeteiligung an der Kapitalbildung gibt.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Frau Keller ist damit auch Ihr Wunsch, sich noch einmal zu Wort zu melden, erfüllt worden?

Rosemarie Keller: Ja.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Als letzter dann Herr Dr. Schmachtenberg bitte.

Dr. Rolf Schmachtenberg: Es waren zwei Fragen, die an mich gerichtet wurden. Einmal die Frage bzgl. des Lobs über die Lehrer, wie das zustande käme. Die zweite Frage: Wie können wir die Erwartungen vielleicht erfüllen, und wie können wir da darauf hinwirken, daß alle Partner ermutigt werden, stärker mitzuwirken?

Zur ersten Frage: Die Arbeitsumverteilung unter den Lehrern ist natürlich ein Akt der Not. 1993 besuchten in Ostdeutschland 808.000 Kinder die Grundschulen und nach Berechnung des DIW werden es im Jahre 2005 noch 365.000 Kinder sein. Das heißt, die Hälfte. Oder anders ausgedrückt, die Zahl der Schüler in den allgemeinbildenden Schulen wird von 2,25 Mio. auf 1,26 Mio. im selben zeitlichen Rahmen zurückgehen. Das heißt, rein theoretisch brauchte man statt 143.000 Lehrerstellen noch etwa 62.000 Lehrerstellen, also mehr als eine Halbierung. Das ist der Hintergrund. Vor diesem Hintergrund vollzieht sich jetzt, denke ich, sozusagen in der Not, ein extrem solidarisches Verhalten. Mit Kämpfen, mit Auseinandersetzungen, mit Zähneknirschen zum Teil auch durchaus mit Demonstrationen werden in allen neuen Bundesländern letztlich Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung abgeschlossen, die mehr oder weniger auch phantasievoll sind. Es wird auf alle Fälle immer Arbeitszeit verkürzt, zum Teil sehr extrem verkürzt sowie in der Regel ohne Lohnausgleich verkürzt. Es werden aber auch Arbeitszeitkonten gebildet, daß man möglicherweise jetzt noch, wo die Schüler noch in den Schulen sind, Zeit anspart, die dann später entgolten wird.

Ein weiteres Element ist auch in der Teilzeit und in Vorruhestandsregelungen zu sehen, ab dem 55. Jahr und 6 Monaten wird etwa für Mecklenburg-Vorpommern geplant. Im Land Brandenburg z. B. haben 85 % unserer knapp 9.000 Grundschullehrer akzeptiert, daß sie maximal 40 % Arbeitszeitverkürzung zustimmen, damit alle an Bord bleiben können. Ich habe das jetzt deswegen so ausführlich erzählt, weil ich das so schön hier in einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“, in dem das ganz gut zusammengestellt ist, vorliegen habe, und weil es zeigt, wie groß zum Teil die Not ist oder die Probleme sind, daß eine Halbierung der Stellen eigentlich ansteht.

Drittens zeigt es, was mich zu der anderen Fragestellung überleiten läßt, die enorme Bereitschaft, in dieser Not für soziale Sicherheit solidarisch zu handeln. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Soziale Sicherheit spielt für viele Menschen eine große Rolle, das ist ihr Ziel. Dafür sind auch Einkommensverzichte hinzunehmen. Ich denke, daß sich die Menschen mehr angesprochen fühlen und mehr ermutigt fühlen würden, wenn sie genau diese Elemente in der Politik und ihren Lösungsvorschlägen wiederfinden würden. Unsere Transformationspolitik ist letztlich als Wirtschaftspolitik von dem Glauben an „neoliberale“ Grundsätze geprägt. Das bedeutet, hier herrscht der Grundsatz der angebotsorientierten Politik, d. h. Arbeitsplätze entstehen, wenn es den Unternehmen gut geht. Den Unternehmen geht es wiederum gut, wenn sie Gewinne machen.

Neulich las ich in einem Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums im Zusammenhang mit Langzeitarbeitslosigkeit, es müsse zugegeben werden, daß sich der Zusammenhang zwischen Investitionen und Gewinnen gelockert habe. Das zeigt m.E. das Problem der Globalisierung. Wir können eine angebotsorientierte Politik praktizieren, sie wird dennoch nicht zu Investitionen im Land führen und deswegen nicht funktionieren. Diese Tatsache spüren die Menschen, denn sie sehen diese Umverteilung der Einkommen und Vermögen, die durch den Transformationsprozeß verstärkt wurde. Sie sehen nicht die Lösung, solidarisch für soziale Sicherheit auch solche Umverteilung vorzunehmen, wie sie in der Not die Lehrer vornehmen. Die Lehrer sind hier nicht stolz darauf, ein positives Beispiel zu sein. Es ist mir noch einmal ganz wichtig, das zu betonen, weil ich das aus vielen Gesprächen mit Lehrern weiß. Sie sagen, daß sie eigentlich lieber volle Arbeit haben und vollen Lohn hätten, aber in der Not dann eine solche Umverteilung vorziehen. Das ist ein wichtiges Beispiel. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Schmachtenberg, ich weiß, daß das, was Sie eben gesagt haben, sicher von manchem in der Kommission auch als diskussionsbedürftig oder ergänzungsbedürftig betrachtet werden wird.

Ich widerstehe jeglicher Versuchung, eine Zusammenfassung unserer heutigen Runde zu wagen. Wir werden in der Kommission die heutige Diskussionsrunde, wie die Anhörungen, die wir gestern und vorgestern hatten, auswerten, um zu Empfehlungen an den Bundestag zu kommen. Ich darf mich bei allen bedanken, bei Ihnen, Frau Keller, bei Ihnen, meine Herren, für die Beiträge, die Sie geleistet haben, die Sie damit auch für die Arbeit der Kommission geleistet haben, und ich übergebe jetzt das Wort an den amtierenden Vorsitzenden Herrn Vergin zu seinen abschließenden Bemerkungen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist die längste Sitzung, die wir einem Thema haben widmen können und haben widmen wollen. Es sind jetzt 26,5 Stunden vergangen. Diese zweieinhalb Tage haben aber auch gezeigt, daß wir vor einem zentralen Thema gestanden haben, denn der weitere Aufbau Ost wird nur möglich werden mit einer funktionie-